

Geht der neue Gesetzesentwurf zu Lasten des Kreises?

PINNEBERG Welche Auswirkungen hätte die geplante Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld-II-Bezieher auf den Etat des Kreises Pinneberg in 2010? Eine

Frage, die derzeit die Linken-Kreistagsfraktion umtreibt. Eine entsprechende Anfrage haben sie an den Kreis gestellt. Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundeskabinetts in seiner letzten Sitzung am

7. Oktober. Dort wurde ein Gesetzesentwurf zur weiteren Reduzierung des Finanzierungsanteils des Bundes beschlossen.

„Es ist beabsichtigt, den Anteil von durchschnittlich

26 Prozent auf 23,6 Prozent abzusenken“, so Linken-Fraktionschef Claus-Peter Matetzi. Dadurch käme es laut Aussagen des Städte- und Gemeindebundes zu einer Mehrbelastung der Kommunen von

zwei Milliarden Euro. Deshalb möchten die Linken wissen, wie hoch die Kreisverwaltung die gesamten Kosten für das Jahr 2010 schätzt und welche Summe die Ausgaben in 2009 betragen.

ung